

**I-11** Dringlichkeitsantrag: In Zeiten fossiler Inflation: sozialen Zusammenhalt sichern, Wirtschaft stärken

Gremium: Bundesvorstand

Beschlussdatum: 26.09.2022

Tagesordnungspunkt: I In Zeiten fossiler Inflation: sozialen Zusammenhalt sichern, Wirtschaft stärken

## Antragstext

- 1 Die Auswirkungen des völkerrechtswidrigen Angriffs Russlands auf die Ukraine spüren wir auch
- 2 in Form von hohen Preisen bei uns. Die enorme fossile Abhängigkeit von Russland, in die
- 3 Deutschland von Vorgängerregierungen getrieben wurde, gibt dem Kreml die Möglichkeit, auch
- 4 unseren Wohlstand herauszufordern. Doch wir lassen uns nicht von Vladimir Putin erpressen.
- 5 Und das heißt: Wir stehen unverändert solidarisch an der Seite der Ukraine und ihrer
- 6 Menschen. Mit weitreichenden Maßnahmen erreichen wir Monat für Monat Deutschlands
- 7 Unabhängigkeit von russischen Energieimporten. Und je stärker wir dabei auf erneuerbare
- 8 Energien setzen, desto mehr werden künftig auch die Preise sinken.
- 9 Doch aktuell leiden viele Menschen in Deutschland und Europa unter immens gestiegenen
- 10 Preisen für Energie und Lebensmittel und wissen oft kaum mehr, wie sie ihre Rechnungen
- 11 bezahlen sollen. Gerade diejenigen, die schon vor der aktuellen fossilen Inflation, vor dem
- 12 russischen Angriff auf die Ukraine und vor der darauffolgenden Energiekrise kaum über die
- 13 Runden kamen, werden von den derzeitigen Herausforderungen hart getroffen. So droht sich die
- 14 soziale Spaltung nach mehr als zwei Jahren Pandemie ein weiteres Mal zu verschärfen. Viele
- 15 Menschen machen sich in dieser Situation berechtigte Sorgen. Deswegen haben wir stets
- 16 zielgerichtet diejenigen besonders in den Blick genommen, die von der Krise am härtesten
- 17 getroffen werden.
- 18 Die Sorge vor steigenden Lebenshaltungskosten reicht bis in die gesellschaftliche Mitte hinein. Es steht der über lange Zeit erarbeitete Lebensstandard und Wohlstand in Frage. Die
- 19 hohen Preise für Energie und Lebensmittel treffen alle Menschen existenziell, die geringe
- 20 oder keine Rücklagen haben, das betrifft ca. 40 Prozent der Menschen in Deutschland. Oft
- 21 sind es gerade die vielen Beschäftigten, die in systemrelevanten Berufen schon in
- 22

Zeiten der  
23 Lockdowns unsere Versorgung mit dem Notwendigsten gesichert haben. Sie stellen  
unsere  
24 Daseinsvorsorge, also das tägliche Brot, die Reparatur der Heizung, die Fahrt im Bus  
oder  
25 die Betreuung im Kindergarten sicher.

26 Wir lassen die Menschen in diesem Land nicht alleine. Um sie zu unterstützen, braucht  
es zum  
27 einen kurzfristige Entlastungen, zum anderen aber muss Deutschland gerechter  
werden. An  
28 vielen Stellen müssen wir unseren Sozialstaat reformieren und an die  
Herausforderungen und  
29 Bedarfe unserer Zeit anpassen. Mit Vorhaben wie dem Bürgergeld und der  
Kindergrundsicherung  
30 schaffen wir mehr soziale Gerechtigkeit in Zeiten sozialer Unsicherheit und  
Polarisierung.

31 Insgesamt steht uns als Gesellschaft ein schwerer Winter bevor. Neben der Inflation  
droht  
32 aufgrund der Energiekrise auch eine Rezession in ganz Europa. Nach zwei  
Pandemiejahren macht  
33 das auch vielen Unternehmen große Sorgen. Denn durch die seit Mitte Juni reduzierten  
und  
34 seit Anfang September ausbleibenden Gaslieferungen sind die Energiekosten massiv  
gestiegen  
35 und setzen besonders kleine und mittelständische Betriebe stark unter Druck. Die  
hohen  
36 Preise zehren ihre Rücklagen auf und damit die Mittel für Investitionen in den Umbau  
für  
37 mehr Nachhaltigkeit und vor allem in den Umbau zur Reduzierung des  
Energieverbrauchs. Hinzu  
38 kommen fortwirkende Lieferengpässe, der handfeste Mangel an Arbeits- und  
Fachkräften sowie  
39 die allgemein rückläufige Kaufkraft und eine insgesamt erhöhte Unsicherheit. Es darf  
nicht  
40 dazu kommen, dass unsere Mittelständler, Handwerksbetriebe, aber auch soziale  
Einrichtungen  
41 und Krankenhäuser in dieser extrem angespannten Phase ihre Liquidität verlieren. Wir  
müssen  
42 ihnen beistehen, damit sie gut über diesen Winter kommen – und sie bei der  
Transformation  
43 unterstützen.

44 Der drohende Nachfrageschock kann die Situation weiter verschärfen. Die teilweise  
verdoppelten oder verdreifachten Kosten für Strom, Gas und Lebensmittel müssen die  
45 Bürger\*innen an anderer Stelle einsparen. Das hat Auswirkungen auf die  
46 Konsumgüternachfrage  
47 in Deutschland. Auch die Tarifpartner wissen: Lohnzurückhaltung ist daher jetzt das  
falsche  
48 Rezept gegen die Inflation. Expert\*innen sehen keine Anzeichen für eine Lohn-Preis-  
Spirale.  
49 Im Gegenteil, die Reallöhne sinken. Es geht in diesem Winter darum, diejenigen bei den

hohen  
50 Preisen zielgerichtet zu unterstützen, die wenig haben.

51 Es ist aber auch eine Frage ökonomischer und wirtschaftlicher Vernunft, dass wir es  
52 nicht  
53 zulassen, die Rezessionsgefahren noch zu verschärfen. Jetzt eine Rezession in Kauf zu  
54 nehmen, um die Inflation zu bekämpfen, wäre genau der falsche Weg. Denn damit  
55 würde man  
56 Schaden im Kern der deutschen Wirtschaft riskieren. Wir müssen also beides schaffen:  
57 aktiv  
58 gegen die drohende Rezession und gleichzeitig gegen die hohe Inflation vorgehen.

59 Dabei ist eine kluge Geldpolitik ein wichtiges Instrument von Inflationsbekämpfung.  
60 Doch es  
61 liegt an der Politik, die richtigen Maßnahmen zu treffen, damit Geldpolitik wirken kann  
62 und  
63 die Menschen vor den Folgen der Inflation geschützt werden. Unser Ziel ist es auch,  
64 allen  
65 EU-Staaten mehr Investitionen für den sozial-ökologischen Umbau und für die soziale  
66 Infrastruktur zu ermöglichen. Daher setzen wir uns für eine Weiterentwicklung der EU-  
67 Fiskalregeln ein.

68 Aus dieser Krise können wir uns nicht herausparen. Wir brauchen einen starken  
69 Schutzschirm  
70 für das Handwerk, für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) sowie für die soziale  
71 Infrastruktur und gleichzeitig müssen wir in die sozial-ökologische Transformation sowie  
72 die  
73 Unabhängigkeit unserer Energieversorgung investieren. Nur so kommen wir raus aus  
74 der von  
75 Putin getriebenen fossilen Inflation und machen unsere Wirtschaft und Industrie  
76 zukunftsfest.

77 Klar ist aber auch: Wir werden nicht alle Lasten, die in diesem Winter auf uns  
78 zukommen,  
79 ausgleichen können. Deshalb ist es wichtig, unsere Möglichkeiten gezielt einzusetzen,  
80 und  
81 dass auch diejenigen ihren Beitrag leisten, die in der Krise gut über die Runden  
82 kommen oder  
83 als Unternehmen aufgrund der Krise sogar zusätzliche Gewinne machen.

84 **Soziale Sicherheit schaffen - in der Krise und darüber hinaus**

85 Während sich viele Menschen um die nächste Nebenkostenabrechnung sorgen, fahren  
86 einige  
87 wenige Energiekonzerne gerade milliardenschwere Gewinne ein - nicht etwa, weil sie  
88 besser  
89 wirtschaften oder klug investiert haben, sondern einzig und allein, weil der russische  
90 Angriff auf die Ukraine die Energiepreise derart in die Höhe getrieben hat. Wir drängen  
91 deshalb bereits seit dem Frühjahr auf die Abschöpfung solcher Übergewinne, um mit  
92 den daraus  
93 erzielten Einnahmen gezielt die Bürger\*innen zu entlasten.

94 Mit dem Abschöpfen dieser zufälligen Übergewinne auf dem Strommarkt gehen wir nun  
95 einen

80 ersten wichtigen Schritt, um eine Strompreisbremse zu finanzieren. Damit soll der  
81 Grundverbrauch an Strom für die Menschen bezahlbar bleiben. Für den darüber  
hinausgehenden  
82 Verbrauch wird der jeweils aktuelle Marktpreis angelegt. So werden Verbraucher\*innen,  
aber  
83 auch kleine und mittlere Unternehmen entlastet und gleichzeitig zur Reduktion ihres  
84 Verbrauchs angeregt. Sollte eine europäische Regelung nicht zustande kommen,  
werden wir sie  
85 bis Ende des Jahres national einführen. Mit dem Vorschlag einer Solidaritätsabgabe auf  
86 Unternehmensgewinne im Energiebereich jenseits des Stromsektors legt die EU-  
Kommission nun  
87 nach. Wir werden in der Bundesregierung darauf drängen, dass dieser Vorschlag zügig  
88 angenommen und umgesetzt wird. Wenn eine Einigung auf europäischer Ebene  
scheitert, setzen  
89 wir uns für eine nationale Übergewinnsteuer auch in diesem Bereich ein.

90 Die Strompreisbremse soll auch kleinen und mittelständischen Betrieben sowie  
Vereinen,  
91 Verbänden oder Krankenhäusern und sozialen Einrichtungen zugutekommen. Für sie  
soll es  
92 ebenfalls ein vergünstigtes Stromkontingent geben, weil auch hier die Belastungen  
durch die  
93 hohen Strompreise spürbar sind. Daneben führen der schnellere Ausbau erneuerbarer  
Energien  
94 sowie die beschlossenen Effizienz-Maßnahmen perspektivisch ebenfalls zu günstigeren  
95 Strompreisen.

96 Außerdem werden wir Maßnahmen ergreifen, um auch den Gaspreis zu senken. Es ist  
gut, dass  
97 die Expertenkommission, die sich mit den Möglichkeiten einer Preisdämpfung befasst,  
ihre  
98 Arbeit aufgenommen hat. Auch beim Gas braucht es einen Preisdeckel für den  
Grundbedarf. Das  
99 würde dafür sorgen, dass der Grundverbrauch bezahlbar bleibt – für die Bürger\*innen  
genauso  
100 wie für die Unternehmen im Land. Außerdem können wir nicht mehr jeden Einkaufspreis

101 akzeptieren. Eine geschlossen auftretende EU sollte ihr starkes Marktgewicht  
gegenüber Gas-  
102 exportierenden Ländern und auf den globalen Spotmärkten für Flüssiggas einsetzen,  
indem sie  
103 Instrumente wie einen Price Cap für den Import von Gas prüft.

104 In bisher drei Entlastungspaketen haben wir zusammen mit unseren Koalitionspartnern  
viele  
105 Maßnahmen vereinbart, die denjenigen zu Gute kommen, die die steigenden Preise  
finanziell  
106 besonders unter Druck setzen. Das sind Menschen mit geringen und mittleren  
Einkommen,  
107 Familien, Studierende, Rentner\*innen und Menschen, die auf Sozialleistungen  
angewiesen sind.  
108 Gerade für sie haben wir uns in den Verhandlungen stark gemacht. Und das werden wir  
auch

109 weiterhin tun: Sollte die wirtschaftliche und soziale Lage es notwendig machen, müssen  
110 zügig  
111 weitere Sofortentlastungen kommen, etwa weitere Direktzahlungen.  
112 Denn ein wirksamer Weg, um Menschen in der Breite kurzfristig vor den Folgen hoher  
113 Energiekosten zu schützen, sind staatliche Direktzahlungen an private Haushalte.  
114 Daher haben  
115 wir die Energiepreispauschale auf den Weg gebracht. Dadurch, dass diese der  
116 progressiven  
117 Einkommensteuer unterliegt, stellen wir sicher, dass Menschen mit wenig Einkommen  
118 am meisten  
119 profitieren. Nun erhalten auch Rentner\*innen und alle Studierenden eine  
120 Einmalzahlung. In  
121 der Transformation hilft auch ein sozial-gerechtes Klimageld, das wir – wie im  
122 Koalitionsvertrag vereinbart – gemeinsam mit unseren Koalitionspartnern umsetzen  
123 wollen.  
124 Direktzahlungen an alle Bürger\*innen bieten zum einen die Möglichkeit einer sozial  
125 gerechten  
126 Rückzahlung der Einnahmen aus dem CO<sub>2</sub>-Preis, zum anderen sind sie ein kurzfristiges  
127 Kriseninstrument. Nur fehlt bisher in Deutschland dafür ein Auszahlmechanismus. Das  
128 Finanzministerium muss diesen bis Ende des Jahres vorlegen.  
129 Familien sind besonders betroffen von den steigenden Preisen. Deshalb wollen wir  
130 Familien  
131 sehr gezielt unterstützen: Für von Armut betroffene Kinder gilt bis zur Einführung der  
132 Kindergrundsicherung ein monatlicher Kindersofortzuschlag in Höhe von 20 Euro. Für  
133 Familien,  
134 deren Einkommen nur knapp oberhalb der Grundsicherung liegt, wird der  
135 Kinderzuschlag erhöht  
136 und für kindergeldberechtigte Kinder steigt das monatliche Kindergeld auf 237 Euro im  
137 Monat.  
138 Die hohe Kinderarmut in Deutschland werden wir aber nur beenden, indem wir eine  
139 echte  
140 Kindergrundsicherung einführen, die alle Kinder erreicht, unabhängig vom  
141 Familienmodell  
142 ihrer Eltern. Auf dem Weg dahin müssen alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, um  
143 familienpolitische Antragsleistungen wie den Kinderzuschlag oder Leistungen aus dem  
144 Bildungs- und Teilhabepaket niedrigschwellig und unbürokratisch zugänglich zu  
145 machen. Mit  
146 der Kindergrundsicherung werden wir die Familienförderung vom Kopf auf die Füße  
147 stellen und  
148 ein zeitgemäßes Sozialstaatsverständnis umsetzen: einfach, automatisch berechnet  
149 und  
150 ausgezahlt ohne aufwendiges Antragswesen bei verschiedenen Behörden. Damit  
151 werden wir Armut  
152 – auch verdeckte – bekämpfen und sicherstellen, dass jedes Kind und jede\*r  
153 Jugendliche\*r  
154 finanziell abgesichert ist.  
155 Außerdem muss die im Koalitionsvertrag vorgesehene steuerliche Gutschrift für  
156 Alleinerziehende jetzt auch schnell auf den Weg gebracht werden, denn  
157 Alleinerziehende  
158 gehören zu denjenigen, die in diesem Land am meisten von Armut betroffen sind.  
159

140 Menschen, die auf Sozialleistungen angewiesen sind, erhielten bereits eine  
Einmalzahlung von  
141 200 Euro. Das neue Bürgergeld, das ab Januar 2023 die bisherige Grundsicherung  
ersetzt, wird  
142 um 53 Euro steigen. Gleichzeitig ändern wir die Berechnungsmethode dauerhaft so,  
dass die  
143 Inflation künftig früher in die Berechnung einfließt. Auch Kinder und Jugendliche im  
144 Leistungsbezug haben künftig deutlich mehr Geld zum Leben. Und auch die  
Geldleistungen für  
145 andere Sozialleistungsbeziehende sollen entsprechend fortgeschrieben werden, zum  
Beispiel in  
146 der Grundsicherung im Alter oder für Asylsuchende.

147 Strukturell überwinden wir mit dem Bürgergeld endlich Hartz-IV und schaffen eine  
148 bürgerfreundliche Grundsicherung, die mehr soziale Sicherheit schafft und den Fokus  
auf  
149 Weiterbildung und Qualifizierung legt. Damit kommen wir unserem Konzept der grünen  
150 Garantiesicherung einen wichtigen Schritt näher. Für uns ist klar: Das Bürgergeld muss  
151 perspektivisch noch weiter steigen, und eine bedarfsgerechte und inflationsfeste  
152 Neuberechnung der Regelsätze muss kommen. Die gegenwärtig vereinbarte Erhöhung  
sehen wir  
153 daher als ersten Schritt hin zu einer armutsfesten Grundsicherung.

154 Nachdem von uns im Koalitionsvertrag durchgesetzten Sanktionsmoratorium werden  
155 Sanktionsmöglichkeiten über die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts hinaus  
deutlich  
156 eingeschränkt. Und die Kultur im Jobcenter wird eine andere sein. Briefe kommen  
künftig  
157 weitgehend ohne komplizierte Rechtsfolgenbelehrungen aus und werden somit  
verständlicher.

158 Statt Sanktionen setzt das Bürgergeld auf positive Anreize mit dem Weiterbildungsgeld  
von  
159 150 Euro und dem Bürgergeldbonus von 75 Euro pro Monat als Aufschlag auf den  
Regelsatz. Wer  
160 sich auf den Weg in einen neuen Beruf macht, wird so direkt für seine Anstrengungen  
belohnt  
161 – und nicht erst am Ende einer mehrjährigen Ausbildung. Außerdem verstetigen wir den

162 Sozialen Arbeitsmarkt und stärken damit die Teilhabe von langzeitarbeitslosen  
Menschen am  
163 Arbeitsleben.

164 Um Menschen mit wenig Geld knapp oberhalb der Grundsicherung vor den hohen  
Heizkosten zu  
165 schützen, unterstützen wir mit Heizkostenzuschüssen beim Wohngeld und im BAföG. Im  
kommenden  
166 Jahr wird es außerdem eine große Wohngeldreform mit einer Heizkosten- sowie einer  
167 überfälligen Klima-Komponente geben. Mit der Reform sollen weit mehr Menschen  
künftig  
168 Anspruch auf Wohngeld haben. Die Wohngeldbeantragung und -bewilligung muss dabei

169 niedrigschwellig, digital und schnell gestaltet werden. Das ist eine gesamtstaatliche  
170 Aufgabe. Wir haben im dritten Entlastungspaket zudem Regelungen vereinbart, damit

- 171 Mieter\*innen in finanziellen Notsituationen ihre Wohnung nicht verlieren und Strom-  
und  
172 Gassperren verhindert werden. Diese müssen jetzt zügig und wirksam umgesetzt  
werden. Es  
173 braucht außerdem Schutz für Haushalte mit Indexmieten. Denn bei Indexmietverträgen  
sind  
174 Mietsteigerungen an die Entwicklung der Verbrauchspreise gekoppelt. Durch die  
175 Preissteigerungen droht den betroffenen Mieter\*innen eine massive Anhebung ihrer  
Miete –  
176 zusätzlich zu den steigenden Heizkosten. Daher wollen wir Indexmieten deckeln.  
177 Bereits vor der aktuellen Krise ist bezahlbares Wohnen zur wichtigsten sozialen Frage in  
178 urbanen Zentren geworden. In den letzten Jahren ist der Bestand an Sozialwohnungen  
stetig  
179 zurückgegangen. Das müssen wir umkehren, indem wir die verbliebenen Bestände  
sichern und um  
180 neue erweitern. Deshalb ist es richtig, dass wir uns im Koalitionsvertrag auf eine  
181 Wohnbauoffensive und die neue Wohngemeinnützigkeit geeinigt haben – beides muss  
nun zügig  
182 kommen. Wir werden in hohem Umfang auch öffentlich geförderte Wohnungen bauen  
und dauerhaft  
183 sichern.
- 184 Klar ist: Wohnen ist ein Grundrecht und muss als Teil der Daseinsvorsorge verstanden  
werden.  
185 Das bedeutet, dass Wohnen für alle bezahlbar ist. Der Schutz und das Recht von  
Mieter\*innen  
186 muss dafür an verschiedenen Stellen gestärkt werden. Die Mietpreisbremse wollen wir  
187 verlängern und verschärfen. In angespannten Märkten werden wir die Kappungsgrenze  
von 15 auf  
188 elf Prozent in drei Jahren absenken. Wir werden qualifizierte Mietspiegel stärken,  
189 verbreitern und rechtssicher ausgestalten sowie für mehr Transparenz bei den  
190 Nebenkostenabrechnungen sorgen. Die Modernisierungsumlage wollen wir strikt  
begrenzen, damit  
191 Kosten nicht einfach auf die Mieter\*innen abgewälzt werden können. Auch muss  
Mietwucher  
192 wirksam bekämpft werden.
- 193 Wir müssen außerdem vermeiden, dass Menschen ihre Wohnung verlieren. Bereits  
ausgesprochene  
194 Kündigungen sollten durch Nachzahlung der geschuldeten Miete zurückgenommen  
werden.  
195 Strukturelle Wohnungs- und Obdachlosigkeit wollen wir bis 2030 beenden.
- 196 Es braucht zukünftig eine effektivere Regulierung der Bodenpreise sowie eine  
nachhaltige und  
197 sozial ausgewogene Entwicklung des Wohnungsmarktes und des Wohnungsbaus. Im  
Sinne einer  
198 integrierten Flächenentwicklung und der Schaffung von Wohnraum kommt kommunalen  
199 Flächenreserven verstärkt eine Schlüsselfunktion zu. Das kommunale Vorkaufsrecht

wollen wir

200 daher durch eine Änderung im Baugesetzbuch wieder ermöglichen.

201 Die von uns durchgesetzte Anhebung des gesetzlichen Mindestlohns auf 12 Euro zum  
202 1. Oktober diesen Jahres bedeutet eine gezielte Gehaltserhöhung für viele Millionen  
203 Menschen, insbesondere für Frauen und Beschäftigte in Ostdeutschland. Mit der  
Anhebung der

204 Midijobgrenze entlasten wir kurzfristig viele Menschen mit wenig Einkommen außerdem  
bei

205 Steuern und Sozialbeiträgen, halten aber am Grundsatz der Parität fest. Auch auf der  
206 europäischen Ebene haben wir mit dem beschlossenen EU-Mindestlohn zum ersten Mal  
einen

207 gemeinsamen Standard gesetzt. Der EU-Mindestlohn ist ein wichtiges Werkzeug, um  
Armut

208 vorzubeugen, denn es müssen nun alle EU-Mitgliedstaaten dafür Sorge tragen, dass  
nationale

209 Mindestlöhne ein menschenwürdiges Leben ermöglichen. Darüber hinausgehend  
braucht es eine

210 EU-Grundsicherung.

211 Mit dem 9-Euro-Ticket wurden Menschen in diesem Sommer bei der Mobilität spürbar  
entlastet.

212 Zudem konnten wir die Attraktivität des öffentlichen Nahverkehrs steigern. Es gilt nun,  
eine

213 ökologisch nachhaltige, einfache, bundesweit nutzbare und preisgünstige Form der  
Mobilität

214 zu realisieren. Die bereits vereinbarte Anschlussregelung soll aus unserer Sicht einen  
Preis

215 von 49 Euro nicht übersteigen. Mit weiteren Investitionen in die Schiene haben wir  
richtige

216 Weichenstellungen eingeleitet. Darüber hinaus wird es kurzfristig auch eine deutliche  
217 Erhöhung der Regionalisierungsmittel für den ÖPNV brauchen, um Teilhabe in den  
Regionen zu

218 verbessern und eine nachhaltige Verkehrswende zu beginnen.

219 Ferner müssen wir die Daseinsvorsorge in Deutschland flächendeckend sichern. Die  
Corona-

220 Pandemie hat gezeigt, welche gravierenden Folgen es hat, wenn soziale Angebote und  
221 Einrichtungen geschlossen sind oder die Arbeit stark einschränken müssen.

Krankenhäuser und

222 Pflegeeinrichtungen stehen durch die steigenden Energiekosten und Inflationseffekte  
vor

223 enormen Sachkostensteigerungen, für die oftmals keine Refinanzierung zur Verfügung  
steht.

224 Das stellt sie vor existenzielle Herausforderungen. Wir brauchen daher umgehend einen

225 Energiekostenschutzschirm und eine Inflationskostenbremse für die betroffenen  
Einrichtungen.

226 Hart getroffen sind auch die sozialen Dienstleister, also das gesamte Spektrum sozialer  
227 Arbeit, der Kinder- und Jugendhilfe sowie der Beratungs-, Schutz- und  
Hilfeinrichtungen.

228 Sie sind den massiv gestiegenen Kosten ausgeliefert und können diese nicht



weitergeben. Auch  
229 sie müssen wir nun davor schützen, in eine Notlage zu geraten.

230 Soziale Sicherheit und sozialer Ausgleich sind gerade in Krisenzeiten unverzichtbar,  
denn  
231 starke Schultern können mehr tragen als schwache. Das bedeutet auch,  
Verteilungsfragen zu  
232 stellen und Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten abzubauen. Gerade in der Krise ist  
der  
233 gesellschaftliche Zusammenhalt gefordert.

234 **Standort Deutschland schützen, unsere Industrie umbauen, Unternehmen  
retten**

235 Die wirtschaftliche Lage ist angespannt. Besonders die kleinen und mittelständischen  
236 Unternehmen, aber auch die energieintensiven Industrien brauchen dringend  
Unterstützung.  
237 Deswegen setzen wir uns in der Ampel-Koalition dafür ein, mit einem breit  
aufgespannten und  
238 gut finanzierten Rettungsschirm die Wirtschaft zu schützen. Die Unternehmen können  
sich  
239 darauf verlassen, dass wir sie in dieser Krise schützen.

240 Die Energiekrise und die Inflation, aber auch die Dürre haben die Unternehmen in  
Deutschland  
241 unter Druck gesetzt. Das Energiekostendämpfungsprogramm für die energieintensive  
Industrie  
242 wollen wir deshalb deutlich erweitern und um eine neue Programmstufe für den  
243 energieintensiven Mittelstand ergänzen – also auch Unternehmen einbeziehen, die  
nicht  
244 unmittelbar im internationalen Wettbewerb stehen. Dadurch unterstützen wir gerade  
die  
245 besonders betroffenen Branchen des Mittelstands und des Handwerks wie etwa  
Bäckereien, die  
246 das Rückgrat unserer Wirtschaft bilden und die wir unbedingt schützen müssen. Denn  
die  
247 Betriebe vor Ort haben eine herausragende Bedeutung für die lokale Wertschöpfung,  
das  
248 soziale Gefüge und die Gesellschaft in den Dörfern und Städten. Wir müssen jetzt die  
249 finanzielle Kraft aufbringen, die nötig ist, um die Substanz unserer Wirtschaft und die  
250 Arbeitsplätze in unserem Land zu sichern und in die klimaneutrale Zukunft zu führen.

251 Das Kurzarbeitergeld hat sich, zuletzt in der Pandemie, als Kriseninstrument bewährt. In  
252 Zeiten externen Drucks hilft es, Personalabbau zu vermeiden und schützt Arbeitsplätze.  
Es  
253 ist daher richtig, dass wir die Sonderregelungen für das Kurzarbeitergeld über den 30.  
254 September 2022 hinaus verlängert haben. Damit schaffen wir Sicherheit für  
Unternehmen und  
255 Beschäftigte. Auf europäischer Ebene setzen wir uns für eine dauerhafte Fortführung  
des  
256 SURE-Instruments ein, das in Anlehnung an das deutsche Kurzarbeitergeld geschaffen  
wurde.

257 Gerade die öffentlich geförderte Kurzarbeit ist oft dazu geeignet, gezielte  
258 innerbetriebliche Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen auf den Weg zu bringen.

259 Um kurzfristig die Liquidität der Unternehmen sicherzustellen, werden wir bestehende  
260 Programme wie das KfW-Sonderprogramm „Ukraine, Belarus, Russland“ sowie die  
bereits während  
261 der Corona-Pandemie eingeführten Erweiterungen der Bund-Länder-  
Bürgschaftsprogramme  
262 verlängern. Auch das Margining-Finanzierungsinstrument wollen wir fortführen, um  
263 Unternehmen, die an den Terminbörsen mit Strom, Erdgas und Emissionszertifikaten  
handeln,  
264 den Zugang zu ausreichender Liquidität zu ermöglichen.

265 Um gerade kleine und mittlere Unternehmen in der aktuellen Krisensituation zusätzlich  
266 finanziell zu entlasten, weiten wir den Verlustrücktrag bei der Einkommen- und  
267 Körperschaftsteuer für die Veranlagungszeiträume 2022 und 2023 auf die vier  
vorangegangenen  
268 Wirtschaftsjahre aus. Dadurch können die Unternehmen ihre Verluste mit den Gewinnen  
aus den  
269 wirtschaftlich guten Jahren 2018 und 2019 verrechnen und erhalten schneller die  
270 erforderliche Liquidität. Eine solche Ausweitung des Verlustrücktrags ist eines der  
271 einfachsten und zielgenauesten Instrumente, um Umsatzeinbrüche auszugleichen und  
es lässt  
272 sich auch mit bestehenden Hilfsprogrammen kombinieren.

273 Mittelfristig sollen die Unterstützungsmaßnahmen auch die Transformation  
voranbringen. Es  
274 ist daher gut, dass aktuelle Programme bereits Anstrengungen zu Ressourcen- und  
275 Energieeffizienz verlangen. Gleichzeitig wollen wir verhindern, dass Konzerne, die  
276 Staatshilfen in Anspruch nehmen, in der betreffenden Zeit Boni auszahlen.

277 Richtig ist: Einen wirksamen und großen Rettungsschirm für kleine und mittelständische  
278 Unternehmen gibt es nicht umsonst. Die Entlastungsmaßnahmen erfordern große  
Anstrengung und  
279 Kreativität, auch innerhalb der Ampelkoalition. Es wäre daher falsch, inmitten einer  
derart  
280 tiefgreifenden Energie- und Wirtschaftskrise haushaltspolitische Dogmen über die  
praktisch  
281 notwendige Unterstützung des deutschen Mittelstands zu stellen. Wenn die  
Schuldenbremse  
282 droht, im kommenden Jahr vor allem eine Bremse für unsere Wirtschaftskraft und die  
vielen  
283 kleinen und mittleren Unternehmen zu werden, dann muss sie auch 2023 ausgesetzt  
werden.

284 Um die Krise zu überwinden, wird es neben kurzfristiger Unterstützung massive  
Investitionen  
285 brauchen. Wir müssen jetzt umfangreich in die nötige Transformation der Wirtschaft  
286 investieren und in den kommenden Jahren das Tempo nochmals erhöhen. Nur so  
machen wir unser  
287 Wohlstandsmodell unabhängig von fossilen Energiequellen. Das schützt nicht nur das  
Klima,

288 sondern senkt auch die Preise, bekämpft damit die fossile Inflation und gibt unserer  
289 Wirtschaft Kraft für die Zukunft.

290 Wir brauchen ein Stabilisierungs- und Innovationspaket für unsere Wirtschaft, um diese  
291 Zukunftsinvestitionen zu sichern. Dazu gehört eine finanzielle Stärkung des Klima- und  
292 Transformationsfonds (KTF) zur Finanzierung von Maßnahmen für mehr Energieeffizienz.  
Es  
293 lohnt sich, gezielt nachhaltige Technologien zu fördern, die den Energieverbrauch und  
294 dadurch auch die Energiekosten und den CO<sub>2</sub>-Ausstoß senken. Schon jetzt unterstützen  
wir  
295 Unternehmen bei Investitionen in Effizienz- und Substitutionsmaßnahmen.

296 Für die Umsetzung der sozial-ökologischen Transformation muss der Staat alle Hebel in  
297 Bewegung setzen, um die nötigen Investitionen zu ermöglichen, positive Anreize zu  
setzen,  
298 Potenziale zu erweitern und so gleichzeitig die Preisentwicklung zu dämpfen. Ein Hebel  
dafür  
299 ist die Stärkung resilienter Lieferketten. Ein weiterer, wesentlicher ist eine bessere  
300 Verfügbarkeit von Arbeits- und Fachkräften.

301 Eine zunehmende Herausforderung für Unternehmen ist es, genügend Arbeitskräfte zu  
finden. In  
302 einigen Branchen und Regionen ist dieser Mangel inzwischen kaum zu übersehen und  
wird sich  
303 aus demografischen Gründen weiter verschärfen. Allein 2022 werden über 330.000  
Menschen mehr  
304 in Rente gehen als ins Berufsleben starten. Diese Lücke wird sich bis 2030 etwa  
verdoppeln.

305 Das ist nicht nur ein Problem der Wirtschaft und der Sozialversicherungssysteme. Auch  
die  
306 ökologische Transformation der Wirtschaft kann nur gelingen, wenn ausreichend  
Menschen im  
307 Handwerk, in der Planung und Forschung tätig sind. Deshalb werden wir uns  
entschieden dafür  
308 einsetzen, den Arbeitskräftemangel zu lindern. Dabei legen wir einen Fokus auf  
309 Qualifizierung, Aus- und Weiterbildung sowie eine Verbesserung der Vereinbarkeit von  
Beruf  
310 und Familie. Dies ist auch ein Beitrag, um die Erwerbstätigkeit von Frauen zu erhöhen.  
Wir  
311 wollen die Hürden für Frauen abbauen, damit sie sich eigenständig absichern können  
und ihre  
312 Fachkompetenz dem Arbeitsmarkt zur Verfügung steht. Bei Qualifizierung, Aus- und  
313 Weiterbildung braucht es eine Stärkung der Berufsorientierung an den Schulen, mehr  
314 Qualifizierung in Unternehmen sowie einen flächendeckenden Ausbau von  
315 Weiterbildungsagenturen. Für die Beschäftigten sind attraktivere Arbeitsbedingungen,  
316 passgenaue Arbeitszeiten und eine gute Bezahlung entscheidende Faktoren, um mehr  
zu  
317 arbeiten. Unternehmen, die gut bezahlen und für ein gesundes Arbeitsumfeld sorgen,  
werden es  
318 leichter haben, Fachkräfte an sich zu binden.

319 Zusätzlich gilt es, die Anerkennung von im Ausland erworbenen Berufsabschlüssen zu  
320 vereinfachen und zu beschleunigen. Mit einem Fokus allein auf Potenziale im Inland  
werden  
321 wir dem Mangel an Arbeitskräften allerdings nicht beheben können. Es braucht auch  
Menschen  
322 aus dem Ausland, die längerfristig hier im Land leben und arbeiten wollen. Deshalb  
werden  
323 wir die rechtlichen Hürden senken, die verhindern, dass Menschen zusammen mit ihren  
Familien  
324 nach Deutschland kommen können.

325 Darüber hinaus müssen unsere Lieferketten widerstandsfähiger werden. Wir haben uns  
zu  
326 abhängig gemacht von einzelnen Handelspartnern und Absatzmärkten und von der  
Just-In-Time-  
327 Produktion, die bei logistischen Schwierigkeiten Lieferketten reißen lässt. Wir müssen  
mit  
328 einer neuen Handelsagenda unsere Handelsbeziehungen auf breitere Füße stellen, sie  
329 resilienter, fairer und nachhaltiger machen. Damit können wir für zukünftige Krisen  
330 vorbereiten, die Preissteigerungen heute lassen sich damit noch nicht bekämpfen. So –  
und mit  
331 den Mitteln der Entwicklungspolitik – wirken wir gemeinsam mit unseren Partner-  
Staaten  
332 darauf hin, dass soziale, ökologische und menschenrechtliche Standards entlang der  
gesamten  
333 Wertschöpfungs- und Lieferkette eingehalten sowie in der Produktion und  
Wertschöpfung  
334 ausgebaut werden.

335 In den vergangenen Jahrzehnten hat sich Europa bei kritischen Rohstoffen vermehrt in  
eine  
336 Abhängigkeit von China begeben. Fast zwei Drittel der von der EU als kritische  
Rohstoffe  
337 eingestuft Ressourcen werden derzeit überwiegend in China abgebaut. Wir haben zu  
lange  
338 nach dem Prinzip gewirtschaftet, dass dort gekauft wird, wo es am billigsten ist. Häufig  
339 sind das Rohstoffe aus China. Gleichzeitig dürfen wir jedoch keine protektionistischen  
340 Tendenzen fördern. Wir brauchen die Globalisierung – aber eine faire und nachhaltige.

341 Um die Resilienz unserer Lieferketten zu stärken, müssen wir Einkaufsquellen  
342 diversifizieren, resilientere Logistikstrukturen aufbauen und auf europäischer Ebene  
343 gemeinsam handeln. Wir unterstützen daher den Vorschlag der Europäischen  
Kommission, mit dem  
344 Notfallinstrument für den Binnenmarkt die Resilienz und Krisenvorsorge der EU zu  
verbessern.

345 Im Rohstoffbereich ist eine Verringerung des Verbrauchs notwendig. Dazu müssen die  
346 notwendigen Rahmenbedingungen geschaffen werden. Auf dem Weg zur  
Kreislaufwirtschaft  
347 brauchen wir eine neue Rohstoffpolitik, die den Einsatz von Primärrohstoffen reduziert,  
348 fossile durch nachwachsende Rohstoffe ersetzt und die globale Rohstoffgewinnung an  
hohe

349 Transparenz-, Sozial- und Umweltstandards bindet. Auch die Unternehmen sollten ihre  
350 Bemühungen hier deutlich verstärken.

### 351 **Gemeinsam durch einen Winter der Solidarität**

352 Wir sehen, wie groß die Herausforderungen und die Last sind, die all die Menschen und  
353 Unternehmen in diesem Land tragen. Es braucht uns alle, unseren Zusammenhalt und  
unsere

354 Solidarität, um diese Lasten gemeinsam zu schultern. Gerade in dieser Zeit spielen  
soziale

355 Bewegungen und Bündnisse eine wichtige Rolle. Sie bilden einen Organisations- und  
356 Resonanzraum, können auf Missstände aufmerksam machen und den politischen  
Handlungsdruck

357 erhöhen.

358 Gleichzeitig erleben wir auch jetzt, wie Rechte und Demokratiefeinde die Krise für ihre  
359 eigenen Zwecke nutzen. Hasserfüllte Angriffe auf Regierungsvertreter\*innen oder  
360 Ehrenamtliche sowie der Versuch, die mutige Freiheitsbewegung der  
Montagsdemonstrationen in

361 der DDR für Hass und Hetze zu missbrauchen, sind inakzeptabel. Perfiden  
Spaltungsversuchen

362 und Verschwörungserzählungen treten wir fakten- und evidenzbasiert entgegen und  
363 solidarisieren uns mit allen, die unsere Unterstützung brauchen.

364 Die kommenden Monate sollen zu einem Winter der Solidarität werden. In Bund,  
Ländern und

365 Kommunen arbeiten wir mit aller Kraft an den konkreten Problemen und tun alles dafür,  
dass

366 wir mit Stärke und Entschlossenheit gemeinsam diese Krise überstehen. Es ist die  
russische

367 Regierung mit ihrem Angriff auf Freiheit, Würde und Unversehrtheit der Menschen in  
der

368 Ukraine, die auch unsere Freiheit und Sicherheit bedroht. Es ist der Kreml, der mit  
seinen

369 Erpressungsversuchen Europa in soziale und ökonomische Verwerfungen stürzen will.  
Aber wir

370 lassen uns weder spalten noch erpressen. Wir halten Stand.

## **Begründung der Dringlichkeit**

Große Anteile des Antrags beziehen sich auf die Ergebnisse des Koalitionsausschusses am 3. September 2022 und das dort beschlossene Entlastungspaket sowie auf die darauffolgende Debatte. Der Termin lag nach dem Antragsschluss am 2. September.